

durch alle brauchbaren Mittel einseitige Aufforderungen von Verträgen für die Zukunft unmöglich zu machen.

Simon betonte weiter, er wolle besonders darauf aufmerksam machen, daß die kollektive Aufrechterhaltung des Friedens im Rahmen des Völkerbundes das Ziel der drei Mächte sei. Sie seien in Genuß nicht als Vertreter ihrer Regierungen erschienen, sondern als Mitglieder des Völkerbundes und des Völkerbundsrates. Wenn diese Entscheidung vom Rat angenommen werde, so werde sie damit zu einer Tatsächlichkeit.

Simon ging dann auf die drei Schlusssätze der gemeinsamen Entscheidung ein, die er noch einmal zusammenfassend wiederholte und deren Sinn er im Einklang mit dem Vorläut erläuterte. Zum Schluß erklärte Sir John Simon, diese Vorschläge seien wohl begründet. Wenn der Rat ihnen zustimme, so werde er damit zeigen, daß er einig sei in der Aufrechterhaltung des Friedens und in der Verfestigung der allgemeinen Sicherheit.

Der italienische Vertreter Aloisi schloß sich dieser Erklärung an, der polnische Außenminister Beck legte dem Völkerbund noch einmal das bekannte Programm der polnischen Außenpolitik vor. Die meisten Mitglieder des Völkerbunds waren von der Vorlegung einer Kompromißentscheidung der drei Großmächte, bei der man Sowjetrußland nicht beteiligt hat, ziemlich überrascht.

### Beck: Wo zu neue Paragraphen?

Der polnische Außenminister Beck erklärte in seiner Rede vor dem Völkerbundsrat, er halte es für notwendig, sich bei seiner Rede auf ein Dokument zu beziehen: auf die französische Denkschrift vom 9. April. Seiner Ansicht nach habe die französische Regierung darin dem Rat drei verschiedene Probleme unterbreitet: 1. die deutsche Aufrüstung, 2. die Erweiterung der Verpflichtungen, die den Mitgliedern des Völkerbundes aus dem Völkerbundsvertrag erwachsen, und 3. die Verfestigung der Sicherheit auf dem Wege von neuen Typen von internationalen Abkommen. Was das erste Problem angeht, so führte Außenminister Beck weiter aus, wolle er daran erinnern, daß seine Regierung sich zu verschiedenen Malen über die Ziele und Methoden der Abrüstungskonferenz ausgesprochen habe in dem Rahmen, in dem das Problem anfänglich behandelt worden sei. Der Minister fuhr fort: „Da die polnische Regierung an den Verhandlungen außerhalb der Konferenz nicht teilgenommen hat, und da sie sich an den damals abgegebenen Erklärungen nicht beteiligt hat, ist es nicht erkauntlich, daß ich bei der gegenwärtigen Lage nicht an die Möglichkeit glaube, irgendwelche neuen Bemerkungen in dieser Angelegenheit zu machen.“

Aber den zweiten Punkt, der sich auf die in der Zukunft anzuwendenden Sanktionen bezieht, wolle er nur einige allgemeine Bemerkungen machen.

Niemand könne bestreiten, daß gewisse Verpflichtungen des Völkerbundes unglücklichlicherweise ziemlich häufig nicht durchgeföhrt worden seien und daß dadurch das Ansehen des Völkerbundes vermindert worden sei.

„Glaubt man ernstlich“, so fragte der polnische Außenminister, „daß es möglich ist, seine Autorität wiederherzustellen und die Wirksamkeit seiner Aktion zu erhöhen, indem man die Zahl der Artikel und der Paragraphen vermehrt, die neue Verpflichtungen enthalten?“ Auf der anderen Seite ist es offensichtlich, daß der Rat sich beschränken müßte auf die Prüfung und Sondernung in dieser Hinsicht, da jede Entscheidung, die eine Erweiterung der Verpflichtungen des Völkerbunds in sich schließt, zur Zuständigkeit aller Mitgliedsstaaten des Völkerbundes gehört.

Was den dritten Punkt betrifft, nämlich die Bemerkungen der französischen Regierung über Verträge zur Aufrechterhaltung der europäischen Sicherheit, so möchte ich betonen, daß Polen zweifellos zu denjenigen Staaten gehört, die diese hohe Verantwortung am wenigsten im Hinblick auf das Sicherheitsproblem beschäftigt haben.

In diesem Zusammenhang erinnerte Beck an die Friedensabmachungen und Nichtangriffsverträge seines Landes sowie Estlands, Finnlands und Lettlands mit Sowjetrußland und sprach dann besonders von der freundschaftlichen Entwicklung der Beziehungen mit Deutschland Ende 1933 und Anfang 1934. Man könne sich daher nicht wundern, daß die öffentliche Meinung Polens lebhaft überrascht sei, daß man nun dringend neue Mittel zur Befriedung Osteuropas verlange in einem Augenblick, wo die Festigung der Beziehungen zwischen Polen und zwei großen Nachbarn in so wirksamer Weise durchgeföhrt worden sei.

Er könne nicht verheimlichen, daß diese Tatsache in der öffentlichen Meinung Polens starken Verdacht erregt habe, und daß man sich frage, ob nicht gewisse ins Auge gefasste Verträge — wenn auch nicht hinsichtlich ihrer Absicht, so doch hinsichtlich ihrer möglichen Wirkungen — den Frieden beeinträchtigen können, der durch eine aufrichtige und lokale politische Anstrengung hergestellt worden sei. Man habe die Sorge, daß neue Abkommen das Nichtangriffssystem an der polnischen Ostgrenze verwässern könnten oder auch die guten nachbarlichen Beziehungen mit dem Nachbarn Polen im Westen in Frage stellen könnten. Die polnische Regierung betrachte diese beiden Tatsachen als besonders wichtig und entscheidend. Aus diesem Grunde könne sie die Prüfung irgendeines neuen Vorschlages nur dann ins Auge fassen, wenn sie die Überzeugung gewonnen habe, daß er keine sehr schwerwiegenden Nachteile im Gefolge habe, weder hinsichtlich der Lebensinteressen Polens noch hinsichtlich der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa.

Beck schloß mit den Worten: Ich habe mich verpflichtet geföhlt, vor dem Rat die Bemerkungen offen auszusprechen, die sich meiner Regierung bei der gegenwärtigen politischen Lage aufdrängen, denn ich habe die Überzeugung, daß das um so mehr meine Pflicht war, als der Völkerbundsrat sich zur Behandlung ungewöhnlich schwerwiegender Fragen in einer außerordentlichen Tagung versammelt.

Nach einer Rede des tschechoslowakischen Außenministers, der den französisch-englisch-italienischen Vorschlag unterstützte, stellte der spanische Delegierte die Anfrage, ob man zu diesem Antrag Abänderungsanträge einbringen könne, da er nicht mit allem einverstanden sei. Der Präsident erteilte eine ausweichende Antwort. Darauf erklärte der dänische Außenminister Munch, daß er zunächst Instruktionen seiner Regierung einholen müsse. Er könne allgemeine

Erwägungen dieser Entscheidung billigen, andere Stellen müsse er ablehnen. Der Präsident schloß dann die Inforti angenommen.

### Vertagung der Beratung auf Mittwoch

Nach der Vertagung der Sitzung besprach man im Völkerbund allgemein die Aussichten der Entscheidung mit dem Ergebnis, daß man noch immer mit Stimmenthaltung rechnen, obwohl die drei Großmächte den Versuch gemacht haben, diese für sie mißliche Lage durch eine möglichst starke Berücksichtigung der Wünsche der südamerikanischen Staaten und der nordischen Staaten zu vermeiden.

## Scharfe Ablehnung in d. Berliner Presse

Berlin, 17. April. Sämtliche Berliner Blätter nehmen in Leitartikeln zu dem Entschlussesentwurf Frankreichs, Englands und Italiens Stellung. Überall wird dieser „unmögliche“ Entschlussesentwurf scharfsten abgelehnt. Der „Völkische Beobachter“ schreibt u. a.: Dieser Entschlussesentwurf ist in jeder Hinsicht so sehr ein Produkt des Geistes von Versailles, daß er nur auf die einmütige Ablehnung der deutschen Völklichkeit stoßen wird. Heute leidet es eine geschlossene große Nation, die vertrauensvoll hinter ihrem Führer steht, mit aller Entschiedenheit ab, sich irgend einem Urteilspruch zu beugen, der nicht dem Geiste der Gerechtigkeit, sondern dem einer vollkommenen Willkür in der Auslegung internationaler Verträge entspringen ist. Das deutsche Volk ist der Überzeugung, daß es vor einem internationalen Forum, dessen oberster Leitsatz wirklich nur die Gerechtigkeit ist, erscheinen kann, ohne beschränkt zu müssen, wegen seines Schrittes vom 16. März schuldig gesprochen zu werden. Nach deutscher Auffassung hat die deutsche Reichsregierung mit der Wiederherstellung der deutschen Wehrfreiheit als letzte der Vertragsmächte den Schritt unternommen, den alle anderen vor ihr getan haben. Der Entschlussesentwurf hat die Einbeziehung aller Verpflichtungen internationaler Verträge die „Grundregel des internationalen Lebens“ genannt. In keinem Lande wird man dieser Feststellung freudiger zustimmen als in Deutschland. Denn Deutschland hat 16 Jahre lang darauf gewartet, daß aus dieser theoretischen Erkenntnis auch praktische Folgen entfließen würden. Erst als es den Glauben nicht mehr haben konnte, daß dies der Fall sein würde, hat es durch seinen Schritt den Gleichgewichtszustand im internationalen Recht wiederhergestellt, der durch die einseitige deutsche Abrüstung vorher nicht vorhanden war.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bezeichnet den Genfer Entwurf als Herausforderung. „Der Schuldige tritt als Richter auf. Wenn dieser Entwurf zum Beschluß erhoben wird, ist das angeblich erstrebte Weiterverhandeln über die Organisation des europäischen Friedens ins Ungemessene erschwert. Wir zweifeln nicht daran, daß das Deutsche Reich dem Völkerbund, wenn er diesen Vorschlägen beitrifft, eine Antwort erteilt, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig lassen wird.“

Die „Berliner Börsenzeitung“ spricht von einem „Dokument der Scheitel“ und erklärt, der Ratsbeschlussesentwurf sei in seiner ganzen Tonart, in seinem Versuch, zu diffamieren und zu brüskieren, für Deutschland so unerträglich, daß man den Verdacht hegen müsse, er sei mit Vorbedacht so redigiert, um einen Ausgleich mit Deutschland unmöglich zu machen.

## Französischer Ministerrat über Stresa.

Im französischen Ministerrat, der am Dienstagvormittag unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten im Elisee stattfand, erhaltete Ministerpräsident Lalande in der Regierung Bericht über die Stresa-Besprechungen. Die Mitglieder der Regierung beklagten die von den französischen Ministerpräsidenten ebenso wie den abwesenden Außenminister zu den erzielten Ergebnissen und zu dem „wichtigen Beitrag für die Festigung des Friedens, den die vertrauensvolle und herzliche Zusammenarbeit zwischen England, Italien und Frankreich bedeute.“ — Der nächste Ministerrat wurde für den kommenden Freitag angesetzt, wo Laual über die Genfer Verhandlungen Bericht erstatten soll.

## Aus unierer Heimat.

Wilsdruff, am 17. April 1935.

### Der Spruch des Tages:

Wäre kein Pferd, so stände der Esel obenan und die Gans, wenn schließe der Schwan.

### Jubiläen und Gedenktag:

18. April.

- 1417 Feierliche Bekehrung des Burggrafen Friedrich von Nürnberg aus dem Hause Hohenzollern mit der Mark Brandenburg.
- 1521 Luther auf dem Reichstag zu Worms.
- 1864 Die Preußen erklimmen die Düppeler Schanzen
- 1873 Der Chemiker Julius von Liebig gest.
- 1865 Die Schriftstellerin Florentine Gebhardt geb.

Sonne und Mond.

18. April: S.-M. 4.59, S.-U. 19.02; M.-M. 19.08, M.-U. 4.15

### Die Vogelhochzeit.

Zeit es die Wandervogel wieder zu ihren aufsteigenden gesungen haben, kennt man in deutschen Gauen überall das lustige Lied von der Vogelhochzeit. Es zählt unsere beliebtesten Vögel auf und berichtet, welche Rolle jeder von ihnen auf der Vogelhochzeit gespielt habe. „Die Lerche, die Lerche, die führt die Braut zur Kirche“ usw. Und „der Kuckuck, derselbig ist der Herr Kaplan“. Mit diesem Lied hat es eine fesselnde Verwandtschaft. So wie wir es heute als lustigen Singang ohne viel Sinn und mehr auf die Reimerei abgestellt kennen, ist es nur noch ein klägliches, kleiner Überrest eines alten Brauches und Volksfestes.

Der Vogelschuh, den wir heute betreiben, ist nicht etwa eine Errungenschaft der Neuzeit. So hat man schon in der Vergangenheit, obwohl es damals an hohen Risikobäumen weniger gebrach als heute, den die Räder des Menschen lebenden Staren geeignete Häuschen gebaut und aufgehängt. Die Vögel waren für alle arischen Völker die Götterboten, und da jeder andere Eigenschaften und eine andere Stimme hat, so schrieb man auch jedem die Verbindung mit einer besondern Gottheit zu.

## Aktive Handelsbilanz.

Saar-Rückgliederung, Saisoninflüsse und Verrechnungsabkommen ergaben Ausfuhrüberschuh.

Zum erstenmal seit langer Zeit ist die deutsche Ausfuhr wieder aktiv. Der Monat März schloß mit einem Ausfuhrüberschuh von zwölf Millionen Mark ab, während der Februar noch einen Einfuhrüberschuh von 57 Millionen Mark aufwies.

Die aktive Handelsbilanz ist im wesentlichen auf den Einfluß dreier Faktoren zurückzuführen. Die Eingliederung des Saargebietes in das deutsche Zollgebiet wirkte sich in einem kleinen Rückgang der Einfuhr aus, da die nunmehr in der gesamtdeutschen Statistik erscheinenden Bezüge des Saargebietes aus dem Auslande geringer waren als vormals die deutschen Warenbezüge aus dem Saargebiet. Dagegen war die Eingliederung des Saargebietes auf den Gesamtumfang der Ausfuhr ohne Einfluß. Die im März feststellbare Ausfuhrsteigerung ist vielmehr in erster Linie auf Saisoninflüsse zurückzuführen (im März pflegt die Ausfuhr stets zu steigen), doch spiegelt sich in der Ausfuhrsteigerung darüber hinaus noch die Wirkung der in den letzten Monaten abgeschlossenen Kompensations- und Verrechnungs-geschäfte wider.

Der Einfuhrrückgang im März beschränkt sich auf die Gruppe der Fertigwaren. Die Rohstoffeinfuhr ist gestiegen. — Die Ausfuhrsteigerung war am stärksten in der Gruppe der Fertigwaren, deren Ausfuhrwert im März um 21 Prozent zunahm. Die Ausfuhr von Rohstoffen hat sich gegenüber dem Vormonat um etwas 11 Prozent und von Lebensmitteln um 14 Prozent erhöht. An der Steigerung der Ausfuhr im März waren fast alle europäischen und überseeischen Absatzländer Deutschlands beteiligt.

## Die Vertrauensratswahlen in Sachsen.

Die am 12. und 13. April durchgeföhrt Vertrauensratswahlen haben auch in den sächsischen Betrieben glänzende Ergebnisse gebracht. Die Wahlbeteiligung und die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen für die aufgestellten Vertrauensräte übertrifft alle Erwartungen. Selbst in solchen Betrieben, die bis jetzt eine rein marxistische Gefolgschaft hatten, steht heute die gesamte Belegschaft hinter den Männern der FAJ. Zwar liegen alle Ergebnisse aus Sachsen noch nicht vor, da die Auszählung vor allem in größeren Betrieben längere Zeit beansprucht. Wir bringen nachstehend einige der bisher gemeldeten Wahlergebnisse:

In Dresden wurden bei der Firma Reich-Nom von 2497 Stimmberechtigten 2322 Stimmen abgegeben, davon 1990 Ja und 207 Nein. Im Sachsenwerk wurden von 2521 Stimmberechtigten 2351 Stimmen abgegeben, davon 1909 Ja und 181 Nein. In Dresden-Stadt wurden bei den Vertrauensratswahlen in 95 Betrieben von 22392 Befolgschaftsmitgliedern 20714 Stimmen abgegeben; davon 18121 Ja-, 1288 Nein-Stimmen, 1305 ungültig.

Die Generalintendant der Sächsischen Staatstheater teilt mit, daß nahezu 94 Prozent der abgegebenen Stimmen auf den vom Betriebsführer aufgestellten Wahlvorschlag entfallen sind.

In Kreis Meissen wurden nach vorläufiger Zählung in 67 Betrieben von 8337 Stimmberechtigten 7679 Stimmen abgegeben, davon waren 5625 Ja-, 1412 Nein-Stimmen, 642 ungültig.

Im Kreis Littau wurden in 164 Betrieben von 22350 Wahlberechtigten 18635 Stimmen abgegeben, davon waren 16264 Ja, 1330 Nein, 973 ungültig (vorläufige Zählung).

In der Stadt Freiberg wurden in 31 Betrieben von 2349 Stimmberechtigten 2182 Stimmen abgegeben, davon 1953 Ja, 95 Nein, 134 ungültig. Im Kreis Freiberg wurden in 62 Betrieben von 5462 Stimmberechtigten 5076 Stimmen abgegeben, davon 4632 Ja, 215 Nein, 229 ungültig.

Am diese Jahreszeit meßten sich die Vogelstimmen von Tag zu Tag. In den wenigen Sängern, die über den Winter bei uns geblieben, jetzt aber erst wieder zu richtiger Lust erwacht sind, kommen alle die, die wir nun über ein halbes Jahr nicht mehr gehört haben. Jeder grüßt seine alte Heimat, die Umgebung seines Arbeitsplatzes, mit einem besonderen Lied. Wer sich darauf versteht, kann sie genau unterscheiden und zählt diejenigen, die schon da sind und die noch fehlen.

So wichtig war unseren Vorfahren dieser Vorgang, daß sie die Wiederkehr der Vögel durch ein besonderes Volksfest feierten, das hellenweise in Mitteldeutschland noch immer beliebt und jetzt sogar in neuem Auftrieb ist. Dabei wurde das allmähliche Heimkehren der Vogelarten mit deren Stimme und Klangfall nachgeahmt, und aus vielen Liedern dieser Art ist als letzte Zusammenfassung die lustige Vogelhochzeit entstanden. Die übrigen Bräuche dieses germanischen Frühlingfestes sind zum Teil auf andere Feste, wie Ostern, Maifeier und sogar Pfingsten verteilt worden.

Russische Andacht. Am Karfreitag findet in diesem Jahre nachmittags 3 Uhr ein Gebädniogottesdienst statt. Mit demselben verbindet der Kantor und Freiw. Kirchchor eine musikalische Andachtstunde. Sie wird eröffnet mit einem Präludium zu dem Chorale: „O Haupt voll Blut und Wunden“ von Joh. Seb. Bach. Es wechseln dann Vorträge, Gemeinde-, Solo- und Chorgesänge. Hr. Toris Kost singt zwei Lieder von Joh. Seb. Bach. Der Kirchenchor bietet einen Frauenchor von Antonio Vivaldi (1677—1740) und gemischte Chöre von B. Herrmann, M. Janus (1663) und Joh. Seb. Bach. Es wird gebeten, Gesangbücher mitzubringen. An der Kirchen sind Vortragsfolgen für 10 Pfg. zu haben.

Der Tag des deutschen Volkstums. Die Sächsische Staatskanzlei weist im Sächsischen Verwaltungsblatt auf den Runderlaß des Reichs- und preussischen Ministers des Innern zu dem vom Volksbund für das Deutschtum im Ausland in diesem Jahr für den 22. September geplanten „Tag des Deutschen Volkstums“ hin. Die in Betracht kommenden Behörden werden angewiesen, die Kundgebung nach Kräften zu fördern und dem Volksbund schon bei der Durchföhruug der Vorarbeiten jede Unterstützung zu gewähren.